



Berlin, 02.12.2005

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die neue Bundesregierung steht mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel an der Spitze. Wir alle wünschen ihr für das schwere Amt den Erfolg der Tüchtigen. Denn als tüchtig hat sich unsere neue Bundeskanzlerin schon in der Vergangenheit bewiesen. Ich habe keinen Zweifel, dass sie unser Land gut führen wird, auch wenn wir an der Koalitionsvereinbarung einiges zu kritisieren haben.

Als klassischen Fehlstart müssen wir sogar bezeichnen, wenn in der Koalitionsvereinbarung geschrieben steht, dass im öffentlichen Dienst eine weitere Milliarde gespart werden soll. Die Ankündigung einer 41-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich und die Halbierung des Weihnachtsgeldes auf Bundesebene sind erschreckend falsche Signale. Keineswegs abmildernd wirkt, wenn die Kanzlerin und ihr Innenminister Schäuble argumentieren, dass solche Belastungen teilweise in den Ländern schon Realität sind und der Bund sich nur an die Ländermehrheit anpasst. Unrecht wird nicht akzeptabler, nur weil man es gemeinschaftlich begeht. Gegen ungerechtfertigte Kürzungen und Streichungen bei unseren Einkommen haben wir uns in den Ländern gewehrt, wir wehren uns auch im Bund. Deshalb liegt dieser Ausgabe des Magazins als Beilage ein „Blauer Brief“ bei, den alle unsere Mitglieder und darüber hinaus alle zum Streit bereiten Kolleginnen und Kollegen an das Kanzleramt schicken sollten. Sie dokumentieren ihre Unzufriedenheit mit diesem Punkt der Koalitionsvereinbarung.

Unzufrieden sind wir auch mit dem Passus der Koalitionsvereinbarung, der die Zuständigkeiten für Dienst- und Versorgungsrecht und Besoldung der Beamten auf die Länder verlagert. Wir ahnen, was Resultat dieser Art Wettbewerb sein wird: Nicht ein Wettbewerb nach oben, ein Wettbewerb zum Guten, sondern ein Wettbewerb nach unten, zum Schlechten. Dies kann keiner ernsthaft wollen.

Von politischer Warte aus werden Konsumschwäche und die daraus resultierende Zahl fehlender Arbeitsplätze beklagt. Aber: Wie sollen denn die Angehörigen des öffentlichen Dienstes konsumieren, wenn sich ihre Einkommen nicht einmal dem Inflationsausgleich entsprechend erhöhen, sondern im Gegenteil, durch Kürzungen der Sonderzahlungen sogar an Kaufkraft verlieren. Es geht bei unseren Kolleginnen und Kollegen nicht um Monatsbezüge von 10.000 € und mehr, sondern um Einkommen von 1.800 bis 2.400 €, von denen Miete, Versicherungen und der Lebensunterhalt bestritten werden müssen. Gleichzeitig predigt die Politik, neben den gesetzlichen Anwartschaften auch noch persönlich für das Alter vorzusorgen. Wie in dieser Lage noch der Konsum angekurbelt werden soll, mag die Weisheit von Politikern sein. Mit der Realität hat dies wenig zu tun.

Kein guter Start gelingt der Koalitionsvereinbarung in einzelnen Punkten des Steuerpapiers, wenn z. B. die „Pendlerpauschale“ als Subvention bezeichnet wird, die man kürzen und streichen kann. Vom Grundverständnis her ist das völlig falsch. Aufwendungen, die zum Erwerb, zur Sicherung und zum Erhalt der Einnahmen dienen, sind Werbungskosten. Auch 20 km kann man nicht täglich zu Fuß laufen, so dass hier zwangsläufig auch für diese erste Strecke Kosten entstehen, die als Werbungskosten absetzbar sein müssen. Wenn der Gesetzgeber dies anders sehen sollte, wird er sich vor einem Verfassungsgericht wieder finden. Die Folge ist, dass die Beschäftigten der Steuerverwaltung nicht nur den Schaden haben, sondern auch noch die vorläufigen Bescheide aller Beschäftigten korrigieren müssen.

Noch sind diese Vorhaben nicht Gesetz. Wir werden versuchen, die Parlamentarier zu überzeugen, falsche Ansätze aufzugeben. Die steuerpolitischen Vorhaben werden wir in ihrer ganzen Wirkung durchleuchten und in einem ersten Gespräch mit dem Bundesfinanzminister Peer Steinbrück besprechen. Klar ist: Die Steuerverwaltung kann an dieser Ecke keine Mehrarbeit verkraften.

Wie auch immer die politischen Ereignisse ablaufen: Das Jahr geht zu Ende und Weihnachten naht. Ich darf Ihnen daher schon an dieser Stelle die besten Wünsche zum Weihnachtsfest übermitteln. Ein paar ruhige und besinnliche Tage trotz der politischen Alltagshektik sei uns allen gegönnt. Wir haben sie uns verdient. Für das neue Jahr wünsche ich Ihnen alles Gute und uns allen Erfolg, Glück und Gesundheit.

Mit kollegialen Grüßen

**Ihr
Dieter Ondracek**